

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Nicole Berger-Krotsch (SPÖ), Mag. Marcus Gremel, MBA (SPÖ), Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS) und Thomas Weber (NEOS) zu Post Nr. 12 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 22.04.2024.

Betreffend: Unterstützung und Planungssicherheit durch den Bund für multiple Herausforderungen im Bildungssystem der Bundeshauptstadt Wien

Die Bundeshauptstadt Wien ist seit den 1990er Jahren um rund 500.000 Einwohner:innen gewachsen, (dies entspricht etwa der Bevölkerung von Graz und Linz zusammen!) und hat letztes Jahr die 2 Millionenmarke überschritten.

Durch dieses rasante Bevölkerungswachstum wurde nicht nur etwa neuer notwendiger Wohnraum für viele Neo-Wienerinnen und -Wiener geschaffen. In den letzten 10 Jahren wurden ebenso vorausschauend und verantwortungsbewusst 1.200 Klassen im Pflichtschulbereich seitens der Stadt Wien für Wiener schulpflichtige Kinder zur Verfügung gestellt. Neben umfassenden Sanierungsmaßnahmen für bestehende Gebäude im Rahmen der Schulsanierungspakete I und II wird ebenso durch eine Reihe an Zubauprojekten neuer zusätzlicher Schulraum geschaffen. Doch viele gesellschaftliche und auch globale Entwicklungen wie beispielsweise der russische Angriffskrieg auf die Ukraine oder die Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015, haben dazu geführt, dass Wien einen erheblichen Mehrbedarf an Schulplätzen und Pädagog:innen benötigt, als prognostiziert.

Mit dem Schuljahr 2022/23 wurden etwa 4.000 (!) Schüler:innen zusätzlich ins Wiener Bildungssystem aufgenommen. Neueste zusätzliche Herausforderung des Wiener Bildungssystems ist der Zuzug von Kindern und Jugendlichen aus dem Titel der Familienzusammenführung, die in den Pandemie Jahren ausgesetzt war und nun schlagend wird. Daher wurden letztes Jahr noch einmal zusätzlich 3.000 (!) Schüler:innen in das Wiener Bildungssystem integriert, aktuell sind dies monatlich rd. 350 Kinder und Jugendliche. Der Zuzug aus den Bundesländern, der EU und anderen Drittstaaten spielt beim Mehrbedarf an Schulplätzen ebenso eine große Rolle und darf daher nicht unterschätzt werden. Die vielen

unvorhersehbaren Ereignisse und der Mehrbedarf an Schulraum, konnten aber bisher nur deswegen so problemlos bewältigt werden, weil die Stadt Wien noch auf Schulraumreserven zurückgreifen konnte.

Wien stemmt diese multiplen Herausforderungen derzeit ohne die Unterstützung des Bundes, obwohl die Verantwortung vor allem beim Familienzuzug beim Bund liegt.

Wie bereits erwähnt, wurden im Jahr 2022 geflüchtete ukrainische Kinder und Jugendliche in das Wiener Schulsystem rasch integriert. Erst nach Aufforderung durch den Wiener Gemeinderat wurde der zuständige Bildungsminister Polaschek tätig und stellte Wien Mittel zur Bewältigung der Situation zur Verfügung. Einmal mehr muss auch an dieser Stelle erwähnt werden, dass zwar auch die Fluchtbewegung 2015 das Schulsystem Wiens vor große Herausforderungen gestellt hat, aber der Bund rasch reagierte und die Bundesländer mit Personalressourcen (330 Vollzeitkräfte für Wien, davon 150 Sprachförderlehrer:innen, 125 Vollzeitbeschäftigte für begleitende Integrationsmaßnahmen, 43 Schulsozialarbeiter:innen und 14 Personen in mobilen interkulturellen Teams) und mit finanziellen Mitteln im Ausmaß von 223,75 Mio. EUR (Jahre 2016-2018) durch die sog. Integrationstöpfe I-III unterstützte.

Aber nicht nur der Bildungsminister muss seiner Verantwortung nachkommen, sondern auch der Bundesminister für Inneres Gerhard Karner muss in der aktuellen Situation endlich tätig werden, um die großen Versäumnisse seinerseits aufzuholen. Grundsätzlich ist im § 35 Asylgesetz 2005 geregelt, unter welchen Voraussetzungen und wer unter Titel „Familienzusammenführung“ in das Land der sog. Ankerperson nachgeholt werden darf. Es ist daher die Verantwortung des Bundes, dafür Sorge zu tragen, eine treffsichere, valide Datenlage zur derzeitigen Situation regelmäßig allen Bundesländern zur Verfügung zu stellen, um vorausschauend entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Dies ist zurzeit nicht der Fall, denn Wien erhält keine Prognosen seitens des zuständigen Ministeriums über (schulpflichtige) Kinder und Jugendliche, die noch einreisen werden, damit rechtzeitig weitere umgehende schulorganisatorische Maßnahmen getroffen werden können.

Wien ist zu dem das einzige der neun Bundesländer, welches die Asylquote nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Während aktuell kein anderes Bundesland entsprechend dem Bevölkerungsschlüssel Asylsuchende aufnimmt, nimmt Wien sogar um fast das Doppelte, zuletzt um etwa 90 % geflüchtete Personen auf.

Ein Kostenausgleich für die Kosten der Grundversorgung geht hier am Kern des Problems allerdings vorbei. Diese ungleiche Verteilung erzeugt einen enormen Druck auf die Infrastruktur in der Bundeshauptstadt – sei es beim Wohnen, beim Verkehr, in der Gesundheit oder in der Bildung.

Diese multiplen Anforderungen an das Wiener Schulsystem im Speziellen können daher nur durch einen gemeinsamen Schulterschluss aller verantwortlichen Ebenen, Bund und Land sowie zuständigen Personen und Institutionen gestemmt werden und daher braucht es eine umgehende Rückkehr zur sachlichen, lösungsorientierten, verantwortungsbewussten, politischen Auseinandersetzung

aller Parteien mit dem Thema. Alles andere geht zu Lasten der Kinder und Jugendlichen in diesem Land und kann unmöglich gewollt sein.

Die gefertigten Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Gemeinderat fordert die Bundesregierung insbesondere den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek sowie den Bundesminister für Finanzen Dr. Magnus Brunner auf, ein umfassendes Unterstützungspaket zu schnüren, um die bestmögliche Unterstützung für alle schulpflichtigen Kindern im Sinne einer gelungenen Integration zu gewährleisten. Des Weiteren fordert der Gemeinderat die Bundesregierung insbesondere den Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner auf, regelmäßig den Ländern für die Planungssicherheit und Steuerung valide Daten zur Verfügung zu stellen.

Dieses Maßnahmenpaket soll jedenfalls enthalten:

- Zusätzliche ausreichende Finanzmittel und Ressourcen für Personal, wie Pädagog:innen, Sprachförderkräfte, Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen, interkulturelle Teams sowie Integrationslehrer:innen etc. nach Vorbild der Integrationstöpfe I-III.
- Laufende Bereitstellung valider Zahlen und Prognosen der noch zu erwartenden Kinder und Jugendlichen, die aller Voraussicht nach aus dem Titel der Familienzusammenführung nach Wien kommen werden.
- Maßnahmen zur Einhaltung der zugeschriebenen Asylbetreuungsquote aller neun Bundesländer
- Einrichtung einer Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines gemeinsamen Prämiensystems für Pädagog:innen an Standorten mit großen Herausforderungen als Signal der Wertschätzung ihrer anspruchsvollen Tätigkeit.
- Einführung eines österreichweiten Chancenindex, um Schulen zukunftsstark für multiple Herausforderungen zu machen und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 19.04.2024